

duktionsarbeiter 10.922 NT\$ und ein ungelernter Arbeiter 10.455 NT\$ (ZYRB, 11.6.84).

Verringert hat sich die Einkommenslücke zwischen Stadt und Land. 1983 betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen einer Bauernfamilie 252.000 NT\$ und entspricht damit 77,5% des Durchschnittseinkommens eines nichtbäuerlichen Haushalts. Gegenüber 1982 verringerte sich der Unterschied um 2,2% (Central News Agency, Taipei, 8.6.84). -ni-

*
*
*
*
*
*
*

YU-HSI NIEH

Politische Saison in Taiwan:

zu den jüngsten Wahlen und der

Regierungsumbildung

*

*

* * * * *

1. Einleitung

In den vergangenen sieben Monaten gab es auf der Insel Taiwan mehrere politische Ereignisse, und es war auch von einer "politischen Saison" die Rede:

Im Dezember des vorigen Jahres fanden Nachwahlen zum Gesetzgebungs Yuan statt; im Februar und März dieses Jahres tagten nacheinander das ZK der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) und die Nationalversammlung, um den neuen Staatspräsidenten zu wählen. Nach der Präsidentenwahl folgte Ende Mai und Anfang Juni die Regierungsumbildung, und schließlich kam in den letzten Wochen des Juni noch eine Nachwahl des Oberbürgermeisters der Stadt Xinzhu (Hsin-chu) hinzu.

Zwar wurde von vornherein keine grundsätzliche Änderung der politischen Landschaft Taiwans erwartet, dennoch ist die sogenannte "politische Saison" auch nicht ohne Spannung und Überraschung vonstatten gegangen.

2. Unerwarteter Erfolg der Guomindang bei den Teilwahlen zum Gesetzgebungs Yuan

Nach ihrem Rückzug vom chinesischen Festland hat die Guomindang-Regierung auf der Insel Taiwan einerseits Kommunalwahlen und Wahlen zum Provinzparlament eingeführt, andererseits aber Wahlen zu den drei nationalen Volksvertretungsorganen, nämlich der Nationalversammlung, dem Gesetzgebungs- und dem Kontroll Yuan, eingeführt. Erst seit 1969 wurden zusätzliche Abgeordnete auf Zentralregierungsebene gewählt. Im Unterschied zu ihren 1947/1948 gewählten Kollegen, die praktisch ein Mandat auf Lebenszeit haben, müssen die zusätzlichen Abgeordneten nach jeder in der Verfassung der Republik China von 1947 vorgesehenen Legislaturperiode von drei (Legislativ Yuan) bzw. sechs (Nationalversammlung sowie Kontroll-

Yuan) Jahren neu gewählt werden. Bei den Wahlen am 3. Dezember 1983 handelte es sich um 71 zusätzliche Mitglieder des Gesetzgebungs Yuan.

Nach dem Tod von Marschall Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) im Jahre 1975, der die Guomindang-Regierung fast ein halbes Jahrhundert lang mit Charisma und großer persönlicher Autorität geführt hatte, begann in Taiwan eine begrenzte politische Liberalisierung. Wenn auch die Gründung neuer Parteien nach wie vor von der Regierung verboten ist, haben die Regierungskritiker im politischen Leben mehr Spielraum erhalten und konnten sich allmählich zu einer Kraft der "parteilosen" Opposition formieren. Bei den Kommunal- und Parlamentswahlen auf Provinzebene im November 1977 errangen sie zum ersten Mal einen beeindruckenden Erfolg, indem sie rund 30% der abgegebenen Stimmen und 20% der Sitze (von gewählten Abgeordneten bzw. Ämtern) gewannen (1). Trotz der Massenverhaftung fast aller führenden Regierungsgegner anlässlich der blutigen Krawalle bei einer Menschenrechtsdemonstration am 10. Dezember 1979 konnten die neuen Oppositionellen - zum großen Teil Frauen, Verwandte und Rechtsanwälte der Verhafteten - bei den Wahlen zusätzlicher Mitglieder der drei nationalen Volksvertretungsorgane im Dezember 1980 sowie bei den Kommunal- und Parlamentswahlen auf Provinzebene im Dezember 1981 den eben genannten Rekord von 1979 aufrechterhalten oder sogar etwas ausbauen (2).

Allgemeine Überraschung bereitete jedoch das Ergebnis der letzten Teilwahlen zum Gesetzgebungs Yuan (3). Die Guomindang eroberte 62 der 71 zusätzlichen Sitze, d.h. sie erzielte einen Anteil von über 87%. Insgesamt hatte die Regierungspartei 58 Kandidaten offiziell nominiert, von denen 56 gewählt wurden. Außerdem wurden vier von sechs Parteimitgliedern, die von der Partei zwar nicht nominiert waren, aber die Zustimmung der Partei für ihre Kandidatur hatten, gewählt. Von den 23 Parteimitgliedern, die sich an den Wahlen ohne Nominierung und Zustimmung der Partei beteiligt hatten, kamen nur zwei durch.

Der Sieg der Regierungspartei zeigte sich besonders in den Großstädten, wo ihre Position im Vergleich zu den ländlichen Gebieten von jeher relativ schwach war. Sowohl in der Hauptstadt Taipei als auch in der Industriemetropole Gaoxiong (Kaohsiung) wurden alle von der Partei offiziell nominierten Kandidaten gewählt. Keiner der drei ungehorsamen Parteimitglieder, die gegen den Willen der Partei bei den Wahlen in Taipei

kandidiert hatten, konnte es schaffen. Auch die parteilose Opposition behauptete sich diesmal sowohl in Taipei als auch in Gao-xiong mit jeweils nur einem Sitz.

Insgesamt sind unter den 71 gewählten zusätzlichen Mitgliedern des Gesetzgebungsyuans neun Parteilose, von denen jedoch nur sechs zu den Regierungsgegnern zählen. Damit schrumpft im Vergleich zu dem Stand vor den letzten Wahlen die Zahl der gesamten parteilosen Abgeordneten im Gesetzgebungs Yuan von 11 auf neun und die der parteilosen Oppositionellen von neun auf sechs. Sieben parteilose Abgeordnete haben die Wiederwahl nicht geschafft. Am auffälligsten war das Debakel von Kang Ninxiang (Kang Ning-hsiang). Kang, der seit 11 Jahren dem Gesetzgebungs Yuan angehörte, galt und gilt als führende Figur der Oppositionellen, wenn auch sein relativ gemäßigter Standpunkt gegenüber der Regierung und der Regierungspartei häufig von jungen, radikalen Dissidenten kritisiert wurde. Seine Wiederwahl wurde von allen Seiten für ganz sicher gehalten. Bei den Nachwahlen 1980 konnte er noch über 76.000 Stimmen auf sich vereinen, dieses Mal waren es nur 32.051. In seinem Wahlbezirk Taipei lag die höchste Stimmenzahl für die gewählten Abgeordneten bei 109.619 und die niedrigste bei 54.428.

Nach der Auslegung der Guomindang und der regierungsfreundlichen Presse bedeutete der Sieg der Regierungspartei die Zustimmung der Wähler für die Regierungspolitik (4). Doch wiesen die Kritiker darauf hin, daß im Vergleich zu den Nachwahlen zum Gesetzgebungs Yuan vor drei Jahren der Stimmenanteil der Regierungspartei von 73% auf 70% gefallen und der der parteilosen Kandidaten von 25% auf 28% gestiegen ist (5). Der bekannte Dissident im Exil, Xu Xinliang, stellte in einem Artikel ferner fest, daß die parteilosen Kandidaten bei den Parlamentswahlen auf Provinzebene 1981 insgesamt 753.462 Stimmen erhielten und bei den jüngsten Nachwahlen zum Gesetzgebungs Yuan 1.176.243 Stimmen; dagegen hatten alle Guomindang-Kandidaten zusammen damals 4.937.190 und diesmal nur 4.650.478 Stimmen. Nach seiner Ansicht hat das Vertrauen unter den Wählern zur Guomindang eher ab- als zugenommen (6).

Da die allgemeine Wahlbeteiligung gegenüber den Nachwahlen von 1980 von 65,83% auf 63,17% ebenfalls zurückgefallen war, zeigte es sich deutlich, daß der Erfolg der Guomindang diesmal nicht einem Zugang neuer Wähler, sondern in erster

Linie dem organisatorischen und technischen Wahlmanöver zu verdanken war. Einerseits hatte die Partei mit der Androhung von strengen Disziplinarmaßnahmen einschließlich des Ausschlusses aus der Partei die Zahl derjenigen Parteimitglieder drastisch vermindert, die ohne eine Nominierung oder Zustimmung von der Partei aus eigener Kraft für die Wahl zu kandidieren wagten; andererseits wurden die sogenannten "eisernen Stimmen" (Stimmen der Stammwähler) rationell unter die von der Partei nominierten oder unterstützten Kandidaten verteilt.

Die parteilose Opposition, die infolge des Verbotes seitens der Regierung keine Partei bilden darf, konnte dagegen weder Kandidaten zu den Wahlen nominieren noch die Zahl der parteilosen Kandidaten wirksam einschränken. Insgesamt gab es über 80 parteilose Kandidaten, von denen 24 von einer formlosen Unterstützungskommission für die Wahlen "empfohlen" wurden. Bei der Empfehlung von Kandidaten für diese Nachwahlen kam es zu einer Zerreißprobe zwischen den etablierten parteilosen Oppositionellen und den Dissidenten der neuen Generation.

Aufgrund der Wahlniederlage fast aller gemäßigten parteilosen Oppositionellen einschließlich Kang Ningxiangs, und da sich unter den neu gewählten parteilosen Abgeordneten zum großen Teil Frauen bzw. Anwälte der verhafteten Oppositionellen befinden, glaubt man, daß die Wähler der Opposition einen radikalen Kurs bevorzugen. Eine politische Polarisierung wurde befürchtet. Deshalb haben auch die Regierungspolitiker und Führer der Guomindang die Niederlage Kangs als Überraschung und als bedauerlich empfunden.

3. Die Regierungsumbildung

Die Regierungsform der Republik ist wie das chinesische "Chop-suey", eine Mischung von westlicher Dreigewaltenteilungs-Theorie und dem Fünfgewaltenteilungs-Gedanken des Sun Yixian (Sun Yatsen, 1886-1925, Gründer der Guomindang und Vater der Republik China). Die fünf Yuan (Höfe) sind: Der Exekutiv Yuan (Xingzheng Yuan) mit der Verwaltungsgewalt, der Justiz Yuan (Sifa Yuan) mit der Rechtssprechungsgewalt, der Gesetzgebungs Yuan (Lifa Yuan) mit der hauptsächlichlichen Funktion eines Parlaments, der Kontroll Yuan (Jiancha Yuan) mit einer Teilfunktion des Parlaments (Disziplinarüberwachung von Politikern und Beamten sowie Rechnungsprüfung) und der Prüfung Yuan mit der Befugnis zur Qualifikationsüberprüfung und zur Einstellung von Beamten. Darüber

hinaus gibt es noch die Nationalversammlung und den Staatspräsidenten als ebenfalls wichtige Staatsorgane. Die Nationalversammlung wählt den Staatspräsidenten, während der Staatspräsident den Ministerpräsidenten (Präsidenten des Exekutiv Yuan) mit Zustimmung des Gesetzgebungs Yuan, den Präsidenten des Justiz Yuan sowie den des Prüfung Yuan mit der Zustimmung des Kontroll Yuan ernannt. Die Mitglieder der Nationalversammlung wie die des Gesetzgebungs Yuan werden vom Volk direkt gewählt und die des Kontroll Yuan von den Parlamenten auf Provinzebene.

Nach dem Geist der Verfassung hat diese Regierungsform mehr Ähnlichkeit mit einer parlamentarischen Demokratie, obwohl sie nach Sun Yixians Theorie anders sein sollte. In der Praxis hängt die Machtstruktur wieder mehr von der Person der politischen Führung als von den Verfassungsbestimmungen ab. Der jetzige Staatspräsident Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo) wie auch sein Vater Jiang Jieshi, der bis zu seinem Tod 1975 das Amt innehatte, verfügt praktisch über eine absolute Macht. Nur während der Zeit 1975-1978, als der stellvertretende Staatspräsident Yan Jiagan (Yan Chia-kan) nach Jiang Jieshis Tod das des Staatspräsidenten geschäftsführend übernahm und Jiang Jingguo noch den Posten des Ministerpräsidenten bekleidete, stellte der Exekutiv Yuan kurzfristig das Machtzentrum dar.

Laut Art.47 beträgt die Amtsperiode des Staatspräsidenten sechs Jahre, und jeder Staatspräsident darf nur einmal wiedergewählt werden. Doch hat die Nationalversammlung am Ende der zweiten Amtsperiode von Staatspräsident Jiang Jieshi im März 1960 diese Einschränkung durch die Ergänzung des sogenannten "Provisorischen Artikels für die Zeit der Mobilmachung zur Unterdrückung von Rebellion" (gemeint ist der Kampf gegen die Kommunisten) aufgehoben und somit diesem seine Wiederwahl zum Amt des Staatspräsidenten 1960, 1966 und 1972 ermöglicht. Jiang Jingguo wurde 1978 zum ersten Mal von der Nationalversammlung zum Nachfolger seines Vaters gewählt und am 21. März dieses Jahres bei der jüngsten Nationalversammlung mit einer Unterstützung von 1012 der insgesamt 1022 an seiner Wiederwahl beteiligten Delegierten oder mit 99,02% für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt (7).

Während die Wiederwahl Jiang Jingguos von Anfang an sicher war, hat es über die Nominierung des Vizepräsidenten sowie der Ernennung des neuen Ministerpräsidenten viele Spekulationen gegeben. Denn Präsident Jiang Jingguo ist jetzt

74 Jahre alt und leidet seit langem schwer an Diabetes. Ein designierter Nachfolger wäre dringend vonnöten. Ursprünglich wurde Sun Yunxuan (Sun Yunsuan), der 1978 Jiang als Ministerpräsident abgelöst hatte, von allen Seiten für den Favoriten gehalten. Doch hat Jiang auf der 2. Plenarsitzung des XII.ZK der Guomindang (14.-15. Febr.) zur allgemeinen Überraschung anstelle Suns den eigentlich zu den Außenseitern gehörenden Politiker Li Denghui, Provinzgouverneur von Taiwan, als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten vorgeschlagen. Wie Jiang wurde Li bei den Wahlen auf der Nationalversammlung ohne Gegenkandidaten mit einer Unterstützung von 873 oder mit 87,35% der insgesamt 1000 abgegebenen Stimmen zum zweithöchsten Amt des Staates gewählt. Mit 61 Jahren gilt er als noch relativ jung innerhalb des taiwanesischen Führungsgremiums, doch hat er als ein in Taiwan geborener einheimischer Politiker wie sein Vorgänger, Xie Dongmin, kaum persönlichen Einfluß in Partei, Armee oder Regierung. Im Falle, daß Jiang seine Amtsperiode nicht beenden sollte, kann Li zwar wie Yan Jiagan nominell die Präsidentschaft übernehmen, aber keinesfalls die persönliche Machtstellung Jiangs.

Kurz nach der Wahl Li Denghuis für das Amt des stellvertretenden Staatspräsidenten auf der Plenarsitzung des ZK der Guomindang mußte Sun Yunxuan (71), der 1977 bei seinem Besuch in den USA bereits einmal einen Herzinfarkt erlitten hatte, infolge einer plötzlichen Gehirnblutung ins Krankenhaus eingeliefert werden und bei der Regierungsumbildung im Mai den Posten des Ministerpräsidenten aufgeben. Damit sind seine Aussichten, Nachfolger Jiang Jingguos zu werden, gleich null (9). Bei der Spekulation über Suns Nachfolger lag zunächst Jiang Yanshi (Tsiang Yien-si, 69) ganz hoch im Kurs. Er war 1972-1977 Bildungsminister, 1978 Generalsekretär des Präsidentschafts, 1978-1979 Außenminister und bekleidet seit 1979 das Amt des Generalsekretärs des ZK der Guomindang. Neben seinen allgemeinen politischen Erfahrungen sowohl in der Regierung als auch in der Partei hat er sich bei dem glänzenden Sieg der Guomindang in den letzten Nachwahlen zum Gesetzgebungs Yuan offenbar große Verdienste erworben. Schließlich fielen aber die Würfel zugunsten Yu Guohuas (Yu Kuo-hua, 70), dessen Name eigentlich das Schlußlicht in der Spekulationsliste bildete. Vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten hatte er hauptsächlich den Posten des Vorsitzenden des Komitees für wirtschaftliche Planung und Ent-

 Tabelle: Die Regierung der Republik China in Taiwan

PRÄSIDENTIALAMT:

Staatspräsident: Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo, 74)
 Stellvertretender Staatspräsident: Li Denghui (Lee Teng-hui, 61)*
 Generalsekretär: Shen Changhuan (71)

STAATSSICHERHEITSRAT:

Generalsekretär: Wang Daoyuan (Wang Tao-yuan, 71)

EXEKUTIVYUAN (KABINETT):

Ministerpräsident: Yu Guohua (Yu Kuo-hua, 70)
 Stellvertretender Ministerpräsident: Lin Yanggang (Lin Yang-kang, 57)*
 Innenminister: Wu Boxiong (Wu Po-hsiung, 45)*
 Außenminister: Zhu Fusong (Chu Fu-sung, 69)
 Verteidigungsminister: Song Changzhi (Soong Chang-chih, 68)
 Finanzminister: Lu Ruikang (Loh Jen-kong, 58)
 Wirtschaftsminister: Xu Lide (Hsu Li-teh, 53)
 Bildungsminister: Li Huan (Lee Huan, 67)
 Justizminister: Shi Qiyang (Shih Chi-yang, 49)*
 Verkehrsminister: Lian Zhan (Lien Chan, 48)*
 Vorsitzender des Komitees für Tibet und die Mongolei:
 Dong Shufan (Tung Shu-fan, 52)
 Vorsitzender des Komitees für Auslandschinesen:
 Zeng Guangshun (Tseng Kuang-shun, 59)
 Minister ohne Geschäftsbereich: Ma Jizhuang (Ma Chichuang, 73), Li Guoding (Li Kwo-ting, 79), Gao Yu-shu (Kao Henry Yu-shu, 71)*, Zhang Fengxu (Chang Feng-hsu, 56)*, Zhou Hongtao (Chow Hong-tao, 68), Zhao Yaodong (Chao Yaotung, 69), Guo Weifan (Kuo Wei-fan, 48)*

JUSTIZYUAN

Präsident: Huang Shaogu (Huang Shao-ku, 83)
 Vize-Präsident: Hong Shounan (Hung Shou-nan, 72)*

PRÜFUNGSYUAN

Präsident: Huang Shaogu (Huang Shao-ku, 83)
 Vizepräsident: Hong Shounan (Hung Shou-nan, 72)*

GESETZGEBUNGSYUAN

Präsident: Ni Wenya (Nieh Wen-ya, 80)
 Vizepräsident: Liu Kuocai (Liu Kuo-tsai, 73)*

KONTROLLYUAN

Präsident: Yu Junxian (Yu Chun-hsien, 82)
 Vizepräsident: Huang Zunqiu (Huang Tzuen-chiou, 69)*
 Rechnungsminister: Zhang Daomin (Chang Tao-ming, 76)

Gouverneur der Provinz Taiwan: Qiu Chuanghuan (Chiu Chuang-huan, 59)*
 Oberbürgermeister der Sonderstadt Taipei: Yang Jincong (Yang, Jacson C.T. 61)*
 Oberbürgermeister der Sonderstadt Gaoxiong (Kaohsiung): Xu Shuide (Hsu Shui-teh, 53)*

* Einheimischer Taiwanese

wicklung beim Exekutiv Yuan. Im Vergleich zu Sun Yunxuan und Jiang Yanshi gilt Yu wie auch der neue stellvertretende Staatspräsident als farblosler Technokrat. Schon lange vor seinem Tod hatte Jiang Jieshi die politischen Zügel in die Hände seines Sohnes und Nachfolgers Jiang Jingguo gelegt. Die Aussichten für eine neue Ära auf Taiwan nach Jiang Jingguo sind nach der jüngsten Präsidentenwahl und der Regierungsumbildung noch

trüber als zuvor.

Dennoch: Wenn man die Struktur des neuen Kabinetts betrachtet, läßt sich ein Fortschritt in der 1972 vom damaligen Ministerpräsidenten Jiang Jingguo bei der Umbildung des Exekutiv Yuan eingeleiteten Verjüngung und Taiwanisierung der Zentralregierung erkennen (10). Das durchschnittliche Alter der Kabinettsmitglieder ist von 63,1 Jahren auf 60,7 gesunken. Neben

dem Innen- und dem Verkehrsminister wurde nun auch der Justizminister von einem Politiker, Shi Qiyang (Shi Chi-yang, 49, ein in Heidelberg promovierter Jurist), gestellt. Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Öffentlichkeit auch der Ernennung Li Huans (Lee Huan) zum Bildungsminister. Er ist ein langjähriger enger Mitarbeiter von Jiang Jinguo und vertrat in den siebziger Jahren als Leiter der Organisationsabteilung des ZK der Guomintang einen politisch liberalen Kurs. Als Konsequenz der oben bereits erwähnten starken Stimmeinbußen der Regierungspartei in den Kommunal- und Parlamentswahlen auf Provinzebene im Jahre 1977 verlor er 1978 alle Partei- und Regierungsämter und war von 1978 bis 1980 Intendant einer Fernseh-anstalt, dann Präsident der Chungshan-Universität in Gaoxiong. Der Wiederaufstieg seines politischen Sterns ist offenbar auch ein Anzeichen für einen Neubeginn der Liberalisierung und Taiwanisierung in der Politik. Noch im letzten Jahr wurde General Wang Shong (67), der wie Li Huan schon seit den vierziger Jahren persönlicher Vertrauter Jiang Jinguos war, aber in der Partei einen rechtskonservativen Kurs gegen die Liberalisierungs- und Taiwanisierungspolitik steuerte, kaltgestellt, indem er zuerst vom einflußreichen Posten des Direktors der Politabteilung im Verteidigungsministerium auf das nominelle Amt des Direktors der Abteilung für die integrierte militärische Ausbildung vom gemeinsamen Krieg in demselben Ministerium und dann wieder von diesem Posten auf den des Botschafters Taiwans in Uruguay versetzt wurde. Ferner verlor er bei der 2. Plenarsitzung des XII. ZK den Sitz im Ständigen Komitee.

4. Der überraschende Sieg der Opposition bei der Oberbürgermeisterwahl in Xinzhu

Wenn es keine Nachwahl des Oberbürgermeisters der rund 60 km südwestlich von Taipei liegenden Stadt Xinzhu am 23. Juni gegeben hätte, wäre die "politische Saison" in Taiwan mit einem Happy-End für die Guomintang beendet gewesen. Der Vorgang, dessen Abschluß noch nicht in Sicht ist, hat sich seit über einem halben Jahr auf der Insel zu einer politischen "Unendlichen Geschichte" ausgeweitet.

Die Stadt hatte und hat einen parteilosen Oberbürgermeister namens Shi Xingzhong, aber wie anderswo in Taiwan ein von der Guomintang beherrschtes Parlament. Der Oberbürgermeister, ein ausgebildeter Jurist, hat nach seinem Amtsantritt vor zwei Jahren den

Versuch gewagt, politische Bürokratie und Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Er ließ z.B. die vom Vorsitzenden des Stadtrats nicht ordnungsgemäß entlehene regierungseigene Limousine zurückholen und kündigte entgegen den privaten Interessen zahlreicher Abgeordneter und Prominenten an, daß er die vor langer Zeit illegal vor dem Bahnhof errichteten Gebäude abreißen lassen werde. Dadurch wurde das sowieso schon gespannte Verhältnis zwischen Stadtrat und Stadtregierung noch verschärft (11).

Um sich an dem andersdenkenden Oberbürgermeister zu rächen, zog der Stadtrat den Stadtgeldbeutel zu, indem er willkürlich die öffentlichen Ausgaben strich. Aus Anlaß der großen Feier zur Anhebung des Stadtstatus von der Gemeinde- auf die Kreisebene im Juli des vorigen Jahres wurden vom Stadtrat z.B. nur 300.000 NT\$ (40 NT\$ = 1 US\$) zur Verfügung gestellt, von denen nach Abzug der Spesen nur noch rund 280.000 NT\$ aus der Stadtkasse übrigblieben. Um die große Lücke von über einer Million NT\$ zu füllen, mußte der Oberbürgermeister Spenden aus privaten Mitteln einwerben und sogar einen Teil aus seiner eigenen Tasche zuschießen. Um Zinsen zu erzielen, deponierte er dieses Geld auf mehreren privaten Sparkonten unter seinem Namen. Ferner behielt er aus technischen Gründen vier von der Stadtkasse ausgestellte Schecks im Gesamtwert von 280.000 NT\$ und beglich dafür aus eigenen Mitteln eine Rechnung zur Deckung der Baukosten von zwei der vier Triumphbögen in der Stadt in Höhe von 300.000 NT\$. Aufgrund dieses und eines anderen ähnlichen Falles wurde er vom Staatsanwalt unter der Beschuldigung der "Unterschlagung" und "Vorteilsnahme zugunsten der öffentlichen Hand" (Zinseinnahme für die Spendenkasse!) angeklagt. Bei der Gerichtsverhandlung machte der Oberbürgermeister (und Volljurist) von seinem Schweigerecht Gebrauch. Daraufhin befand ihn das Amtsgericht ohne Beweis und Zugeständnis sowie ohne Berücksichtigung der Handlungsmotive für schuldig und verurteilte ihn zu siebzehn Monaten Freiheitsstrafe. In zweiter Instanz wurde ihm zwar die Schuld an der "Vorteilsnahme zugunsten der öffentlichen Hand" gestrichen, doch die Strafe für "Unterschlagung" nach einem Sonderstrafgesetz auf fünf Jahre erhöht (12). Noch am Tag nach dem ersten Urteil am 30. Dezember des letzten Jahres sperrte die Provinzregierung Taiwans Shi vom Amt des Oberbürgermeisters mit sofortiger Wirkung aus. Dennoch gab der Oberbürgermeister a.D. das politische Gospiel nicht auf. Um die Provinzre-

gierung zur Nachwahl zu zwingen, trat er noch von sich aus formell vom Amt zurück und meldete sich dann als Kandidat für die Wahl desselben Amtes wieder an. Zur Durchführung all dieser Schritte ließ er sich gemäß den Gesetzbestimmungen zunächst von seiner Frau scheiden, heiratete sie aber kurz danach wieder; mehrmals meldete er bei den Behörden seinen Wohnsitz um und ließ seinen Namen ebenfalls zweimal ändern. Da er damit rechnete, daß die Guomintang seine Kandidatur mit einem endgültigen Strafurteil durch eine Beschleunigung des Prozesses gegen ihn in dritter Instanz verhindern würde, bat er seinen Bruder, neben ihm für die Wahl zu kandidieren, sich also als "Ersatz" einzusetzen.

Die Guomintang, die über einen großen Apparat einschließlich sämtlicher Behörden, der Presse sowie vieler Stammwähler unter den Familienangehörigen von Veteranen in der Stadt verfügt, unterschätzte wohl die Wahlchancen von Shi, der in der Regierungspropaganda als politischer Clown verspottet wurde. Auch alle anderen wurden von dem Wahlergebnis am 23. Juni überrascht, bei dem der eigenartige Dissident 64.301 der insgesamt 114.617 abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Es waren nicht nur mehr als die Stimmen aller drei anderen Kandidaten zusammen, sondern das Ergebnis übertraf auch Shis eigenes Abschneiden bei den Wahlen vor zwei Jahren (13).

Ursprünglich war Shi ein Alleingänger, aber bei diesem Kampf hat er massive persönliche Unterstützung von allen prominenten Dissidenten erhalten. So wurde nicht Shi selbst, sondern auch die ganze parteilose Opposition, die aufgrund der Niederlage bei den Nachwahlen zum Gesetzgebungs Yuan gewiß deprimiert war, nun durch den Sieg in Xinzhu wieder ermutigt. Besonders die radikalen Oppositionellen wollen es als eine Bestätigung ihrer These ansehen, daß man nur durch scharfe Konfrontation mit der Regierungspartei eine Wahl gewinnen könne (14). Auf Regierungsseite wurde überlegt, ob man aufgrund der gefällten Strafurteile der ersten und zweiten Instanz den Amtsantritt des neugewählten Oberbürgermeisters Shi blockieren solle. Doch da ein Widerspruch gegen das politische Urteil der Wähler mit großem Risiko verbunden ist, wurden die Gerichtsurteile vorübergehend auf Eis gelegt. Eine Beschleunigung des Prozesses gegen den alten Oberbürgermeister in letzter Instanz ist jetzt ebenfalls nicht mehr zu erwarten, denn das Gericht muß auch das politische Klima berücksichtigen. So

darf der neue Oberbürgermeister noch bis zu den nächsten Wahlen in seinem alten Sitz bleiben, sofern kein politischer Winter kommt.

Anmerkungen:

- 1) S. dazu Yu-Hsi Nieh, "Die Wahlen in Taiwan", C.a., Feb. 1978, S.64 ff.
- 2) S. dazu C.a., Dez. 1981, S.1052, Ü 64; Yu-Hsi Nieh, "Politische 'Renovationsarbeit' in Taiwan - zu den neuen Lokalwahlen und zur Teilumbildung des Kabinetts", C.a., Dez. 1981, S.825 ff.
- 3) Zu dem Wahlergebnis s. LHB u. ZYRB, 4.12.83.
- 4) Vgl. dazu LHB u. ZYRB, 4.-5.12.83, CP, 6.12.83.
- 5) Nach Jian Jingfeng, "Zheci Zhengeliwei-xuanju de Jiantao" (Kommentar zu den neuesten Wahlen zusätzlicher Mitglieder des Legislativ Yuan), Zhonghua Zazhi, Taipei, Jan. 1984, S.40 ff, hierzu S.41; nach dem Bericht des vom Informationsbüro der taiwanesischen Regierung herausgegebenen Wochenblattes "Free China Weekly" (4.12.83) betrug der Stimmenanteil der Guomindang und der Opposition bei den jüngsten Nachwahlen zum Gesetzgebungs Yuan 70,54% bzw. 28,9%.
- 6) Xu Xinliang, "Tiaoyao-chian de Dunqu" (Kniebeuge vor dem Sprung), Meilidao (Formosa Weekly), Los Angeles, 10.12.83, S.4 f.
- 7) ZYRB, 22.3.84.
- 8) Ebenda, 23.3.84.
- 9) S. dazu C.a., Febr. 1984, S.72, Ü 44.
- 10) ZYRB u. LHB, 29.5.84.
- 11) Wang Jianshong, "Shi Xingzhong, Jiayou!" (Shi Xingzhong, Gas geben!), Meilidao (Formosa Weekly), Los Angeles, 1.10.83, S.14.
- 12) Zu den Urteilen der ersten und zweiten Instanz s. Bericht der LHB, 30.12.83 u. 3.5.84; zu Shis eigener Darstellung s. Li Ao, "Yong Tamen de Guize, Chu Tamen de Yangxiang" (Blamiert sie mit ihren eigenen Spielregeln), in "Minzhuren" (Die Demokraten), Taipei 1.2.84, nach Meilidao, a.a.O., 11.2.84.
- 13) LHB, 24.6.84.
- 14) S. dazu Meilidao, a.a.O., 30.6.84, S.2.

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
OSKAR WEGGEL

Das neue Wehrdienstgesetz: Antworten auf neue Herausforderungen;

Qualität statt Quantität

*
*
* * * * *

1. Unterschiede zwischen dem neuen Gesetz und der Vorgängerregelung von 1955

Am 31.Mai 1984 verabschiedete der NVK das neue Militärdienstgesetz, das am 1.Oktober 1984 in Kraft tritt. Es löst damit die Vorgängerregelung vom 7.Februar 1955 ab, die seinerzeit einen grundlegenden Wandel des VBA-Systems eingeleitet hatte, nämlich den Übergang von der "spontanen" Freiwilligenarmee zur "regularisierten" Rekrutenarmee.

Vergleicht man das neue mit dem alten Gesetz, so ergeben sich schon auf den ersten Blick substantielle Unterschiede: Das Vorgängergesetz bestand aus 57 Paragraphen und neun Kapiteln, die folgende Überschriften tragen: Grundprinzipien; Einberufung; Reservedienst von Unteroffizieren und Privatpersonen; Aktiver Dienst und Reservedienst von Offizieren; Rechte und Pflichten der Wehrpflichtigen im aktiven und im Reservedienst; Registrierung und Statistiken der Wehrpflichtigen im Reservedienst; Einberufung in Kriegszeiten; Militärtraining von Studenten an Höheren Mittelschulen und darüber; Schlußregelungen. Das neue Gesetz besteht aus 65 Paragraphen und ist in zwölf Kapitel eingeteilt, die folgendermaßen überschrieben sind: Kap.1: Grundprinzipien, Kap.2: Einberufung in Friedenszeiten, Kap.3: Aktiver Dienst und Reservedienst der erfaßten Personen, Kap.4: Pflichten der Offiziere im aktiven und im Reservedienst, Kap.5: Kadetten aus den Reihen junger Studenten von Militäreinrichtungen und Akademien, Kap.6: Die Miliz, Kap.7: Militärtraining für Reservisten, Kap.8: Militärtraining für Studenten an Höheren Schulen und an Oberen Mittelschulen, Kap.9: Mobilisierung in Kriegszeiten, Kap.10: Vorzugsbehandlung für Armeeehörige im aktiven Dienst und Vorsorgemaßnahmen für dienstentlassene Armeeehörige, Kap.11: Strafen, Kap.12: Zusatzvorschriften.

Schon auf den ersten Blick wird deutlich, daß einige Abschnitte neu sind, nämlich Kap.5, Kap.6, Kap.10 und Kap.11. Die Rekrutierung des Nachwuchses direkt von Hochschulen, die Vorzugsbehandlung für Armeeehörige und Armeeveteranen sind die Antwort auf Bildungslücken und vor allem soziale Mißstände (Arbeitslosigkeit zahlreicher Dienstentlassener), wie sie in den letzten Jahren schmerzhaft zutage getreten sind. Jedes Jahr müssen ungefähr 10.000 dienstentlassene Soldaten ins Berufsleben zurückgeführt werden (1): Ausbildung ist daher schon in der Armee nötig. Das Kapitel über die Miliz bringt zwar Altbekanntes, doch wird hier erstmals in formeller Weise festgelegt, daß die Miliz zum "Reservedienst" gehört (§ 2) und daß sie mit ins "Regularisierungs"-System der VBA gehört.

Auch die Strafbestimmungen in Kap.11 gehen auf Mißstände ein, wie sie sich in den letzten Jahren gezeigt haben; vor allem hatten nicht wenige wehrpflichtige Bauernsöhne - weit davon entfernt, den Militärdienst als Ehrensache zu betrachten - ihrer Rekrutierung auszuweichen versucht, um auf diese Weise den Nebenverdienst der Familie zu mehren, der ja durch das neue Produktionsverantwortungssystem wieder möglich geworden ist. Kein Wunder, daß Maßnahmen zur Umgehung der Registrierung an erster Stelle unter den Straftatbeständen stehen.

Hatte ferner das alte Gesetz noch ausführliche Bestimmungen über Dienstalter und Pflichten der aktiven und Reserveoffiziere gebracht (z.B. § 34), so kann das neue Gesetz auf das bereits früher erlassene Offiziersgesetz verweisen.

Neu ist schließlich auch die Eliminierung von Klassenkampfregelungen aus dem Wehrdienstgesetz. § 3 des Gesetzes von 1955 hatte noch vorgesehen, daß "konterrevolutionäre Elemente, feudale Grundbesitzer, bürokratische Kapitalisten... und andere... geächtete Personen" den Militärdienst nicht wahrnehmen können. Heute heißt es stattdessen, daß vom Militärdienst solche Personen ausgeschlossen sind, die entweder an ernststen psychischen oder körperlichen Defekten leiden (§ 3, Abs.2) oder aber die unter strafrechtlicher Verfolgung stehen (§ 16).

Rücksicht genommen wird schließlich auch auf die neue Politik der Ein-Kind-Familie. In § 15 heißt es, daß der Wehrdienst von solchen Personen nicht abgeleistet werden muß, die ganz allein für die Unterstützung ihrer Familie verant-